



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Rechtsboden und die Constitutionellen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

erlebt hat, in dem sich manche Anklänge an B. Hugo finden. — Bis zum September, wo Creton's Vorschlag, die Verbannung der Bourbons aufzuheben, wieder daran kommt, diesmal mit etwas mehr Chance, haben wir jetzt von jener Seite Ruhe.

Der Rechtsboden und die Constitutionellen.

Wenn wir über die höchst wichtige Frage, um welche es sich jetzt für unsre Partei vorzugsweise in Preußen handelt, eine sachgemäße und fördernde Debatte führen wollen, so ist es vor allen Dingen nöthig, das Declamiren zu unterlassen. Die Gewohnheit der letzten drei Jahre, in parlamentarischen Versammlungen entweder zu reden oder zuzuhören, hat neben vielen guten Folgen auch die üble gehabt, daß wir niemals ruhig eine Frage untersuchen können, sondern stets nach einem gewissen oratorischen Feuer streben, wie auf der Tribune. So haben unter andern diejenigen Organe unsrer bisherigen Partei, welche den vollständigen Bruch mit dem jetzt herrschenden Systeme anrathen, sich ziemlich ausführlich über das Rechtsprincip ausgelassen, und die bekannten Worte des Freiherrn v. Vincke, die auf dem ersten Landtage so bedeutenden Effect machten: „Meine Väter haben auf dem Boden des Rechts geackert“, mit großer Virtuosität variirt. Sie sind zu dem Resultate gekommen, das Rechtsprincip sei, wo nicht das einzige, doch wenigstens das höchste, welches die Handlungsweise einer Partei bestimmen müsse, und alle Parteien seien auch jetzt darüber einig. Wir sind der entgegengesetzten Ansicht. Wir glauben allerdings, daß das Rechtsprincip nicht nur das höchste, sondern auch das einzige sein muß, welches einen Gerichtshof bestimmt; wir glauben aber nicht, daß es einen Maßstab für die Thätigkeit einer Partei abgeben kann. Ich möchte wenigstens wissen, auf welche Weise unsre Partei sich die Regeneration Deutschlands denkt, wenn sie das Rechtsprincip ohne Modification beibehalten will. Sie hat wenigstens zu seiner Zeit nicht wenig über die Rechtsbedenken gespottet, welche die Preussische Regierung der Annahme der Kaiserwürde entgegensetzte. Das Recht ist formeller Natur, eine Partei dagegen wird durch ihren materiellen Inhalt bedingt. Allerdings ist es für eine Partei ein großer Vortheil, wenn sie einen Rechtsboden gewinnt, d. h. eine formale Begründung ihrer materiellen Ansprüche; wenn sie das aber nicht kann, so wird sie auch ohne denselben auszukommen suchen müssen, und wenn sie ihn hat, und in Gefahr ist, ihn zu verlieren, so wird nicht die absolute Idee des Rechts ihr Benehmen in diesem Fall zu entscheiden haben, sondern die Erwägung, wieviel der behauptete Rechtsboden werth ist, und wie weit die Kraft ausreicht, ihn zu verteidigen. Es ist ganz derselbe Fall, wie in einer Feldschlacht. Wenn man als absolute Nothwendigkeit aufstellen wollte, niemals eine Position, die man einmal einnimmt, aufzugeben, so würde es nicht möglich sein, irgend einen Schlacht-

plan zu entwerfen. Es ist auch im bürgerlichen Leben nicht anders. Das Gericht muß, wie schon erwähnt ist, ausschließlich den Buchstaben des Rechts befolgen; die Parteien aber werden sich fragen müssen, ob bei der Verfolgung ihrer Rechtsansprüche nicht die Proceßkosten über den Werth des Rechtsobjects hinausgehen.

Eben so irrig scheint es mir, wenn man annimmt, sämtliche Parteien hätten sich jetzt darin geeinigt, das Recht als höchste Norm ihres Verfahrens anzuerkennen. Allerdings spricht die Reaction von dem wohlervorbenen Recht der Provinzialstände, der Kreistage, der Rittergüter u. s. w., und die Demokratie spricht von dem unveräußerlichen Recht der Urwahlen; allein es ist doch Niemand in Zweifel, daß diese Rechtsansprüche nur Mittel sein sollen, um den eigentlichen Zweck, Dasjenige, was man für sich oder für den Staat für gut und für nützlich hält, ins Werk zu setzen, und daß derjenige Gerichtshof, um den es sich hier handelt, nämlich die Weltgeschichte, sein Urtheil nicht nach dem abstracten Buchstaben der Rechtsbegründung, sondern nach dem materiellen und positiven Inhalt dessen, was die Parteien wollen, sprechen wird.

Diese allgemeinen Betrachtungen allein reichen freilich nicht aus, die Sache zu erledigen; sie sollen aber auch nur dazu dienen, die eben so allgemein gehaltenen und darum unfruchtbaren Gegengründe zu beseitigen. Bei der Beurtheilung der vorliegenden Frage kommt es lediglich auf zweierlei an. Einmal auf die Untersuchung darüber, was wir durch das Aufgeben unserer bisherigen Position unmittelbar verlieren, d. h. theils auf das Verhältniß zwischen der projectirten Gemeindeordnung und dem von der Regierung vortroyirten Provisorium, theils, und das ist hier wol das Wichtigere, auf den Einfluß, den ein solcher Schritt in Beziehung auf die allgemeine Landesverfassung haben würde. — Sodann müssen wir untersuchen, in welche Stellung unsre Partei durch einen entschiedenen und rücksichtslosen Bruch mit dem jetzt herrschenden Staatsleben sowol zu den Demokraten, als zu den conservativen Kreisen gebracht wird. — Es ist charakteristisch, daß die letzte Frage bei allen Debatten darüber in den Vordergrund gestellt ist. Nur daraus ist die große Theilnahme der Liberalen in den übrigen Bundesländern an einer Frage zu erklären, die eigentlich zunächst doch nur Preußen angeht. Es ist in diesem Fall mit einem richtigen Instinct das Wesentliche getroffen worden, denn die Haltung der meisten liberalen Organe in dieser speciellen Frage ist nur ein Symptom von dem allgemeinen Zerfetzungsproceß, der sich in den Mittelparteien überhaupt vorbereitet. Auch wir wollen daher zuerst diese Seite ins Auge fassen.

Man sucht den passiven Widerstand gegen die ministeriellen Ordonnanzen als einen Act der Partei darzustellen. Dem widerspricht aber zunächst die Unbestimmtheit Derer, die ihn rathen, in Beziehung auf die weitere Haltung. Einige dieser Blätter, z. B. die Kölnische und die Breslauer Zeitung, protestiren in sehr bestimmten Worten gegen den voreiligen Wunsch einiger „Hizköpfe“ in der

Partei, sich mit den Demokraten zu verbinden; die Partei soll auch nach diesem Schritt für sich allein bleiben. Andere, z. B. der Rheinische Correspondent der Reichszeitung, halten ein entschiedenes Aufgehen in die Demokratie für unvermeidlich. Noch Andere, z. B. der Sächsische Correspondent derselben Zeitung, wollen durch ein Verschmelzen der gemäßigten Demokraten und der weiter vorgeschrittenen Constitutionellen eine neue Partei bilden, in welche die beiden Elemente mit gleicher Berechtigung eintreten sollen.

Die letzte Ansicht hat unter allen die geringste Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs. Der Werth einer übertretenden Partei wird theils nach dem materiellen Gewicht, welches sie mitbringt, theils nach ihrem moralischen abgeschätzt. Was das Erste betrifft, so dürfte die Masse desjenigen Theils der conservativen Partei, welcher bisher der Leitung der liberalen Parlamentsglieder folgte, und entschlossen sein sollte, auf alle Consequenzen hin sich auch diesem neuen Schritt anzuschließen, nicht groß sein. Man ist überhaupt viel zu sehr geneigt gewesen, die Partei mit den parlamentarischen Führern zu identificiren. Das eigentliche Gewicht der Partei liegt aber in den liberalen Beamten, den liberalen Gutsbesitzern und den intelligenten Kaufleuten und Fabrikanten. Es würde von allen Diesen nur ein sehr geringer Theil geneigt sein, so lange nicht die äußerste Noth dazu treibt, sich der Gefahr einer Revolution auszusetzen. Daß dieses Aeußerste aber noch nicht eingetreten ist, davon später. — Der materielle Vortheil, den die Demokraten von einem solchen Uebertritt hätten, wäre also nicht groß, und würde keineswegs geeignet sein, die gemachte oder wirkliche Geringschätzung, die sie offen genug gegen die Gothaner aussprechen, aufzuwiegen. Diese Geringschätzung wird im Gegentheil verstärkt durch die mehr als befremdenden Bekenntnisse, zu denen sich die liberalen Organe herbeilassen, und die wir nur aus der Hitze des Augenblicks zu erklären im Stande sind. Man spricht von dem „Nest der Ehre“, der uns geblieben sei; man stimmt ziemlich unzweideutig in die Vorwürfe ein, welche die beredten Organe der Demokratie, namentlich der Kladderadatsch, gegen alle bedeutendern Schritte unsrer Partei erhoben haben, gegen die Weidenbuschbeschlüsse, gegen die Versammlung zu Gotha, gegen die Theilnahme an den Preussischen Wahlen, gegen die Haltung in Erfurt. Diese Selbstanklagen dürften nicht geeignet sein, der Demokratie eine bessere Meinung von ihren neuen Verbündeten beizubringen, als sie bis jetzt gehabt hat. Schon früher hat sie es ausgesprochen, daß sie die reinigen Sünder wol in ihren Schooß aufnehmen wolle, aber nur als gemeine Soldaten, die ihre frühern Sünden durch einen freiwilligen Opfertod zu sühnen haben, nicht etwa als Führer. Und von ihrem Standpunkt ist dagegen auch Nichts einzuwenden.

Indessen der moralische Erfolg dieser revue retrospective möge sein, welcher er wolle, wenn sie wahr ist und den Kern der Sache trifft, so soll uns keine Selbstüberhebung hindern, uns ihr zu entziehen. Allein sie ist nicht wahr. Die

Blätter unsrer Partei, die seit dem verunglückten Versuche, das Ministerium zu stürzen, in einer permanenten Aufregung geblieben sind, haben sich durch die Wigblätter ihrer Gegner zu sehr verwirren lassen. Freilich hat der Ausgang gegen uns entschieden; allein nicht jede verlorene Schlacht untergräbt die Ehre des Feldherrn. Im Weidenbusch, in Gotha und in der letzten Berliner Versammlung haben wir auf ein sehr positives und sehr mächtiges Gefühl speculirt, auf das Selbstgefühl des Preussischen Volks, und daß die Berechnung nicht ganz falsch war, zeigt der Ausgang der beiden Krisen, der nur an einem Haar hing. Es war sowol im April 1849 als im November 1850 die sehr große Möglichkeit vorhanden, rein durch parlamentarischen Kampf und durch moralischen Einfluß das feindliche System zu stürzen. Ein solcher Erfolg wäre aber wol der Opfer werth gewesen, welche unser persönlicher Stolz ihm bringen mußte, und welche außerdem die Schrecken einer Revolution vermieden hätten.

Dieselben Bedingungen aber, die damals unsre Handlungsweise bestimmten, bestehen noch jetzt in voller Kraft. Noch immer haben wir jenen Preussischen Geist zu schonen, zu hüten und zu pflegen, aus dem allein unsre Zukunft erblühen kann. Möchte das namentlich die Kölnische Zeitung bedenken, die bisher mit anerkennenswerthem Eifer und verständiger Beharrlichkeit für diesen Preussischen Geist unter sehr widerstrebenden Elementen Propaganda gemacht hat. Die Gefahr, daß diese Provinzen dem Preussischen Staatswesen entfremdet werden, ist jetzt größer als je, und erfordert eine um so größere Behutsamkeit. Mit dem Aufgeben Preußens geben wir uns selbst auf; mit dem Aufgehen in die Demokratie geben wir aber, so viel an uns ist, Preußen auf. Es kann also nicht in Frage kommen.

Ein unabhängiges Fortbestehen unsrer Partei, wenn wir unsern staatlichen Boden aufgeben, ist, wo nicht gänzlich unmöglich, doch wenigstens sehr unwahrscheinlich. Eine isolirte Stellung der Partei außerhalb des pays légal würde ihr zunächst alle diejenigen Elemente entfremden, gegen die sie in der letzten Zeit überhaupt allzuspröde gewesen ist, und die doch im Wesentlichen zu ihr gehören: jene liberalen Beamten und Gutsbesitzer, für deren augenblickliche Rathlosigkeit das Centrum der letzten Kammer der ungefähre Ausdruck war. Hier scheint uns das Feld zu liegen, wo wir Eroberungen zu machen haben, nicht links.

Fassen wir noch einmal die augenblickliche Situation ins Auge. Enthalten wir uns der Theilnahme an den Kreistagen u. s. w., so geben wir unsern Gegnern eine sehr bedeutende positive Macht in die Hände, welche dieselben eben so auszubenten wissen werden, als es in Sachsen der Fall gewesen ist. Das Beispiel des passiven Widerstandes, der in diesem Lande geleistet worden ist, sollte überhaupt warnend für uns sein. Nehmen wir Theil an jenen Versammlungen, so geben wir damit die Giltigkeit unsrer Ansichten von der Verfassung noch keineswegs auf, eben so wenig wie die Reaction ihre Ansichten aufgegeben hat, als sie an den Urwahlen des Jahres 1849 Theil nahm. Sie hat durch diese Theilnahme keinen

Fuß breit Terrain verloren, sie hat im Gegentheil gewonnen. Die Landtage sind nicht ein Recht, dem wir uns gefangen geben, sondern ein Factum, innerhalb dessen wir unsre Rechts- und sonstigen Ansprüche eben so zu vertheidigen haben, als wir es in der Kammer thun müssen. Die Verfassung selbst hütet noch immer vor einem gewaltsamen Umsturz der Eid. Die Einrichtung der Landtage kann nicht als ein Attentat gegen die Existenz der Verfassung betrachtet werden, sondern nur als ein Versuch, zu entsprechenden gesetzlichen Modificationen derselben zu verlocken; in wie weit wir auf dieselben eingehen, wird von dem Werth abhängen, den wir auf den materiellen Inhalt der bezüglichen Stellen legen müssen. Jedenfalls stellen wir uns jetzt noch kein Präjudiz.

Man möge dabei nur immer Eins im Auge halten. Wenn wir wirklich so weit gekommen sind, daß uns die Zustände unerträglich erscheinen, so wird nicht eine passive Resignation, sondern eine Activität erfordert, deren Umfang wir doch erst berechnen müssen, ehe wir uns darauf einlassen. Worin aber diese Activität bestehen müßte, wenn wir allen Boden, innerhalb der bestehenden Institutionen zu kämpfen, aufgeben, ist wol nicht schwer zu sagen. Jene passive Resignation würde zu sehr an die Kinderspiele erinnern, wo man auch sagt, man spielt nicht mit, wenn die Spielgesetze nicht gehalten werden. Im wirklichen Leben ist das doch anders.

Wir müssen schließlich noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Unsrer Blätter haben sich in der Hitze der beständigen Entrüstung seit dem Anfang dieses Jahres — wenigstens scheint uns das so — verleiten lassen, ihre Empfindungen gewaltsam zu steigern; es würden sonst Ansichten wie die, daß unser jetziger Preßzustand wenigstens eben so schlimm sei, als der frühere unter der Censur, absolut unverständlich sein. Wenn man sich aber daran gewöhnt, das Pathos nie ausgehen zu lassen, wenn man einen Tag um den andern verkündigt, das Vaterland sei so eben im Begriff, unterzugehen, so macht man nicht nur das Publicum ungeduldig, sondern man macht sich selbst abhängig von den Einfällen der Gegner, denen man mit unermüdlicher sittlicher Entrüstung folgt. Dabei ist kein selbstständiges Handeln möglich. Es scheint uns die richtige Taktik einer Partei darin zu liegen, daß sie ihre Energie nicht in täglichen Scharmüßeln erschöpft, sondern sie auf bestimmte Haupttreffen concentrirt, und daß sie für diese den möglichst günstigen Zeitpunkt wählt, einen Zeitpunkt, wie es der April 49 und der November 50 war. Dieser Augenblick scheint uns der allerungünstigste Zeitpunkt zu sein. Wir können jetzt nicht daran denken, zu siegen, sondern nur daran, die vollständige Auflösung zu vermeiden, bis wir unsre Kräfte wieder gesammelt haben. Wer darin anderer Ansicht ist, möge seinen Weg gehen, aber er möge es vermeiden, durch leidenschaftliche Angriffe, wo nur über die Mittel, nicht über den Zweck Meinungsverschiedenheit vorliegt, die künftige Reorganisation der Partei zu erschweren, deren Elemente sich über kurz oder lang doch wieder zusammenfinden müssen, weil sie von Natur zu einander gehören. † †.